

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Zur Nachhaltigkeit unserer Energiestrategie von Paul von Euw Seite 2	Kanton Zürich Verfehlte Wohnungspolitik von Linksrgrün von Markus Bopp Seite 3	Aktuell Krasse Missachtung unserer Verfassung von Karl Spühler Seite 5	Parlamentsgemeinden Bürgerliche Erfolge im Gemeinderat Schlieren von Thomas Grädel Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Polit-Dinner zur Windkraft mit KR von Euw Seite 8
---	--	--	--	--

ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 9. FEBRUAR 2025

Ein Triumph der Vernunft

Die Ergebnisse der Abstimmungen vom 9. Februar 2025 sprechen eine deutliche Sprache: Die Schweizer Bevölkerung hat sich mit überwältigender Mehrheit gegen übertriebene Regulierungen, ideologische Energiegesetze und eine Politik der Selbstbedienung ausgesprochen. Während die Umweltverantwortungsinitiative krachend scheiterte, lehnten mehrere Kantone linksgrüne Energiegesetze ab. Auch in der Stadt Zürich gab es eine schallende Ohrfeige für das Parlament, das sich eine massive Lohnerhöhung gönnen wollte. Die SVP konnte damit einen bedeutenden Erfolg verbuchen – doch der Kampf gegen linke Bevormundung geht weiter.



Die Bevölkerung will keine Zwangsmassnahmen wie eine Solarpflicht, sondern realistische Lösungen.

Bild: Pixabay

Auf nationaler Ebene setzte die Stimmbürger ein deutliches Zeichen gegen ideologische Überregulierung: Die Umweltverantwortungsinitiative

wurde mit 69,8 Prozent Nein-Stimmen wuchtig abgelehnt. Kein einziger Kanton sprach sich für die extreme Vorlage aus, die eine massive Einschränkung

der Wirtschaft und der individuellen Freiheiten bedeutet hätte. Der Bevölkerung ist klar: Umweltpolitik ja – aber mit Vernunft und Augenmass. Die SVP

hat von Anfang an vor dieser gefährlichen Vorlage gewarnt und konnte die Bevölkerung überzeugen.

Energiegesetz-Abstimmungen: Bürger lehnen staatliche Bevormundung ab

Auch auf kantonaler Ebene zeigten die Stimmbürger, dass sie keine linksgrünen Energie-Experimente mehr mittragen wollen. Im Kanton Solothurn wurde das Energiegesetz zum zweiten Mal deutlich abgelehnt und in Schaffhausen wollte die Stimmbürger nichts von Steuerprivilegien für E-Autos wissen. Besonders deutlich fiel die Abstimmung im Kanton Bern aus: Die radikale Solar-Pflicht-Initiative wurde mit 71,2 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Zwar fand der Gegenvorschlag Zustimmung, doch die Ablehnung der ursprünglichen Vorlage zeigt: Die Bevölkerung will keine Zwangsmassnahmen und Verbote, sondern realistische Lösungen.

Diese Ergebnisse sind ein Fingerzeig für Zürich: Auch hier steht bald die Abstimmung über das kantonale Energiegesetz an, welche durch das Behördenreferendum der SVP des Kantons Zürich ermöglicht wurde. Im neuen Gesetz soll das CO₂-Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040 verankert werden. Dies ist gleichbedeutend mit einem Verbot von allen fossilen Heizungen, Verbrennermotoren, einem Flugverbot usw. bis in 15 Jahren.

Das Nein in anderen Kantonen zeigt, dass sich Widerstand lohnt – und dass Zürich diesem gefährlichen Gesetz ebenfalls eine Absage erteilen muss!

Zürcher Gemeinderat wird in die Schranken gewiesen

Ein weiteres wichtiges Zeichen setzte die Stadtzürcher Stimmbürger: Der Gemeinderat wollte sich eine Lohnerhöhung von 75 Prozent gönnen – und

wurde an der Urne gestoppt. Statt die Entschädigungen von 16000 auf 28000 Franken pro Jahr anzuheben, sagten 53,2 Prozent der Stimmbürger Nein zur Selbstbedienungsmentalität linker Politiker in der Stadt Zürich.

Dieses Resultat ist ein unmissverständliches Bekenntnis zum Milizsystem, das die Schweiz stark gemacht hat. Politik ist kein Beruf, sondern ein Ehrenamt, und wer sich politisch engagiert, sollte es nicht aus finanziellen Motiven tun. Die Zürcherinnen und Zürcher haben klargemacht, dass sie kein Berufsparlament wollen, sondern Politiker, die sich für die Bürger einsetzen – und nicht für ihr Portemonnaie.

Ein Erfolg – aber keine Zeit für Selbstzufriedenheit

Dieser Abstimmungssonntag war ein bedeutender Sieg für die bürgerlichen Kräfte. Die Bevölkerung hat klar gezeigt, dass sie genug von linken Experimenten, übertriebenen Regulierungen und staatlicher Bevormundung hat. Doch die Linken werden weiter versuchen, ihre Ideologie durchzusetzen – mit neuen Gesetzen, neuen Steuern und neuen Zwängen.

Die SVP wird diesen Angriffen entschieden entgegenzutreten. Die Abstimmungen vom 9. Februar haben bewiesen: Wenn die Bürgerinnen und Bürger die Wahrheit kennen, stimmen sie für Freiheit, Eigenverantwortung und Vernunft. Die SVP bleibt die Stimme des gesunden Menschenverstands.



Domenik Ledergerber
Kantonsrat und
Parteipräsident
SVP Kanton Zürich
Herrliberg



Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative
jetzt unterschreiben!



Die Klügsten der Welt

Es ist eine Jubelmeldung, die uns Schweizer beruhigen soll: Das mit der bildungsfernen Zuwanderung sei gar nicht so schlimm. Denn das vielgeschmähte Spreitenbach beweist laut «Sonntagszeitung», dass viele Schüler zuerst kein Wort Deutsch sprechen, um dann doch das Gymnasium zu absolvieren. Es gebe in jener Agglomerations-gemeinde Klassen mit nahezu hundert Prozent Kindern mit Mi-grationshintergrund. Und den- noch liege der Anteil von Sprei- tenbachs Gymnasiasten im kan- tonalen Schnitt. Nur könnte dies auch damit zusammenhängen, dass die gymnasialen Anforde- rungen ständig geringer werden – speziell im sprachlichen Bereich. Ein grosszügiger Lehrer findet, man solle ein «Flüchtlingskind» nicht an «kleinlicher Bewertung» scheitern lassen. Es folgt eine zweite Jubelmel- dung, die uns ein hohles Kreuz verschafft: «Schweiz auf Platz 1: Das sind die intelligentesten Län- der der Welt». Hierauf erklärt uns Intelligenzbestien das Intelligenz- blatt «20 Minuten», dieser Wert basiere auf Nobelpreis-Nomi- nierungen, der Bildung und dem durchschnittlichen Intelligenz- quotienten. Der Durchschnitts- IQ liege hierzulande bei nahezu 100. 40 Prozent hätten mindes- tens einen Bachelor-Abschluss; was wenig glaubhaft ist. Ernsthaf- te Statistiken sprechen beim Bil- dungsstand der Schweizer Wohn- bevölkerung von gut 30 Prozent, die eine Hochschule absolviert haben. Dann belehrt uns «20 Minuten»: «Zudem wurden 32 Universitä- ten des Landes für den Nobelpreis nominiert.» Dass wir mehr Uni- versitäten als Kantone haben sol- len, scheint eine recht abenteu- erliche Behauptung. In Wahrheit sind es mit den ETHs exakt 12. Be- züglich Nobelpreis-Nominierun- gen schlägt uns Grossbritannien. Von den 30 an Personen verliehe- nen Nobelpreisen, mit denen sich unser Land schmückt, gingen im- merhin 22 an «indigene» Schwei- zer. Bemerkenswert ist übrigens, dass sämtliche Nobelpreise die Zeit vor den hochgejubelten EU- Horizon-Projekten betreffen. Wir sollten uns also auf den ge- genwärtigen Bildungsstand nicht allzu viel einbilden. Bildung ist ja ohnehin das, was übrigbleibt, wenn wir das Gelernte vergessen haben.

ENERGIEVERSORGUNG: MITEINANDER STATT GEGENEINANDER

Wie nachhaltig ist unsere Energiestrategie wirklich?

Bei dieser Frage scheiden sich die Geister, Diskussionen werden emotional und enden meist abrupt. Dabei lohnt es sich schon, sich dieser Frage zu stellen. Ökologen werfen den Ökonomen vor, sie hätten kein Nachsehen mit der Natur, und die Ökonomen bezichtigen die Ökologen der Herunterwirtschaftung der Schweiz. Nun, wer hat wohl recht?



Paul von Euw
Kantonsrat SVP
Bauma

Dass die Energie das Blut in den Adern einer Gesellschaft darstellt, diese ver- pflegt, antreibt, diese kommunizieren lässt etc., das bezweifelt wohl niemand; diese Einigkeit daher auch als Funda- ment der folgenden Überlegungen. Man ist sich höchstens uneinig, wieviele «Or- gane» in der Gesellschaft versorgt werden sollen, oder eben, wieviel Energie es braucht. Sicher ist: Wir brauchen die Energie, und wir brauchen diese wäh- rend 24 Stunden an 365 Tagen. Unab- hängig davon, welches Wetter gerade herrscht. Aufgrund dieses Bedürfnisses wurde in den vergangenen 140 Jahren unsere Stromversorgung aufgebaut. Zu- verlässig erhalten wir jederzeit und über- all unseren Strom aus der Steckdose und haben bei Dunkelheit Licht – eine wahrhaftig gute Strategie unserer Vor- denker.

Noch nicht ausgereifte Technologien

Seit dem Unfall in Fukushima ist ein Pfeiler der Energieproduktionsart sehr verpönt: die Kernenergie. Nun, was ist Kernenergie überhaupt? Kernenergie lie- fert uns Bandenergie. Diese dient, ergän- zend mit Flusskraftwerken, der Grund- deckung unseres Elektrizitätsbedarfes. Sie wird aus Uran – einem Gestein – ge- wonnen, welches fast überall auf der Welt vorkommt. Eine sehr nachhaltige, CO₂-freie Energiequelle, welche jedoch am Ende ihres Einsatzes sehr fachkun- dig entsorgt werden muss und bei ei- nem Unfall sehr gefährlich werden kann. Grössere Unfälle gab es bisher weltweit zwei. Grund dafür waren Planungs- bzw. Unterhaltsfehler. Und auch die Entsor- gung ist ohne die Kernkraft nicht ge- löst. Durch Forschung, Medizin und In- dustrie fallen weiterhin speziell zu be- handelnde, radioaktive Abfallmateria- lien an. Nichtsdestotrotz, und das gilt es ernst zu nehmen, ist aber auch im Gesamtkontext der dauernd angepas- ten gesetzlichen Rahmenbedingungen zu betrachten: Das Schweizer Stimm- volk hat sich für ein Verbot von neuen

Kernkraftwerken ausgesprochen. Das bedeutet, unsere Gesellschaft muss zu- künftig einen beachtlichen Teil der ener- getischen Grunddeckung anderweitig organisieren.

Die Strategie ist, die zukünftig fehlen- de Energie mittels Erhöhung der Was- serenergie (+7%) sowie eines massiven Ausbaus von Windkraft- und Photovol- taikanlagen zu decken. Auf den ersten Blick eine attraktive Lösung. Bei genau- erem Hinschauen, und das hat jetzt auch die Landesregierung mit ihren Spezia- listen gemacht, merkt man: Es ist zur- zeit unmöglich, diese Strategie erfolg- reich umzusetzen. Die heutigen Spei- chertechnologien für Elektrizität sind noch zu wenig ausgereift und die An- zahl an Stromproduktionsanlagen kön- nen unmöglich innert nützlicher Frist gebaut werden. Die Lösung sieht der Bundesrat nun im Bau von Gaskraftwer- ken. Dies nicht nur, um die fehlende Kernenergie zu ersetzen; nein, sondern auch um den Strombedarf der elektrisch betriebenen Verkehrsmittel sowie der Wärmepumpen zu decken. Übrigens: Wärmepumpen werden inskünftig die Öl- und Gasheizungen mehrheitlich



Spielen wir die Technologien nicht gegeneinander aus, sondern nutzen wir ihre jeweiligen Vorzüge – und zwar alle, von A wie Atomkraft bis W wie Wasserkraft.

Bild: Wikimedia

PARLAMENTSKOMMISSION VERZICHTET AUF STÄNDEMehr BEIM EU-RAHMENABKOMMEN

Weniger statt mehr Demokratie

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) teilte am Dienstag mit 15 zu 10 Stimmen mit, sie wolle auf eine obligatorische Abstimmung zum EU-Rahmenabkommen verzichten. In ihren Augen seien die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein obligatorisches Referendum nicht erfüllt – für keines der neuen Abkommen. Die Abkommen sähen keinen Beitritt der Schweiz zu einer supranationalen Gemeinschaft vor, lautete eine der Begründungen, die nun dem Bundesrat per Brief mitgeteilt werden.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Nach diesem skandalösen Eingreifen der APK wollen alle Parteien, FDP, Die Mitte, SP sowie Grüne und sogenannte Grün- liberale, die gesamte Schweiz der EU einfach ausliefern. Die Schweiz hat demnach zukünftiges EU-Recht und die Machenschaften der EU-Bürokratie zu übernehmen.

Bewusstes Negieren der Kompass-Initiative

Der Entscheid der APK wurde im Übri- gen im Wissen um die Kompass-Initia- tive getätigt, die die dynamische Rechts- übernahme verunmöglichen und das obligatorische Referendum bei völker- rechtlichen Verträgen einführen will. Dass hier die Schweiz Teile ihrer Sou- veränität bei der Festlegung der gel- tenden Gesetze an Dritte abtritt, haben auch Staatsrechtler bereits bestätigt.

Obligatorisches Referendum soll verhindert werden

Die Schweiz hat sich der EU unterzu- ordnen. Sogar die obligatorische Volks- abstimmung soll verhindert werden. Die FDP-Vertreter sind voll auf EU-Linie: Sie wollen insbesondere die Personen- freizügigkeit um jeden Preis erhalten – obwohl die masslose Zuwanderung un- serem Land und unserer Bevölkerung schadet. Auch Die Mitte schliesst sich dem EU-Tanz an; sie verzichtet damit weitgehend auf den Föderalismus.

Regieren und Legiferieren per Brief

Die Medienmitteilung der Parlaments- dienste hört sich sehr geschwulstig an. Die APK will «dem Bundesrat mit einem Schreiben mitteilen, dass ihrer Mei- nung nach die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Unterstel- lung unter das obligatorische Referen- dum für keines der neuen Abkommen und für keine Nachführung eines beste- henden Abkommens mit der EU erfüllt sind, da diese Abkommen insbesondere keinen Beitritt der Schweiz zu einer su- pranationalen Gemeinschaft vorsehen.»

Unterwerfung

An diesem Kommissionsentscheid ist vieles eigenartig. Wird jetzt per Brief entschieden, welche Rechte das Volk noch hat? Wie kommt die APK über-

ablösen. Hier kristallisiert sich ein Wi- derspruch heraus. Trotzdem, im Jahr 2017 hat die Bevölkerung der Energie- strategie 2050 zugestimmt, welche nach- haltige, umweltschonende und jeder- zeit genügend Energie versprochen hat.

Eingangs habe ich die Strategie un- serer Vorfahren gelobt. Diese war ziem- lich CO₂-arm und sehr zuverlässig. Doch wie beurteilen wir die heutige, vermeint- lich nachhaltige Strategie? Der Bun- desrat will Gaskraftwerke, die Versor- gungssicherheit durch elektrische Ener- gie ist mittelfristig unsicher gewähr- leistet und der Strom wird massiv teurer bzw. wurde bereits teurer. Eine Strate- gie, die so kaum jemand wollte! Oder beim Vergleich mit der Lebensader der Gesellschaft: Wir haben ein Herz, wel- ches schwach ist, und der Herzschritt- macher funktioniert zudem unzuver- lässig.

Ein nachhaltiger schweizerischer Kompromiss

Zur Vervollständigung noch dies: Die Versorgungssicherheit hat keinen Zusam- menhang mit dem Rahmenabkommen Schweiz–EU oder Differenzen mit dem Ausland. Deutschland beispielsweise wird mit seiner heutigen Energiestrategie vom Elektrizitätsexporteur (+15%) zum Importeur (–15%). Von da können wir zukünftig keine Energie mehr be- ziehen. Und wenn die Deutschen nicht liefern können, liefern die Franzosen und zukünftig weitere 15 europäische Länder – mit Kernkraft.

Ja, wie nachhaltig ist unsere Energie- strategie wirklich? Ist das die Energie- strategie, welche das Schweizer Stimm- volk einst angenommen hat? Ich bin der Meinung, man kann eine Energie- strategie nachhaltig gestalten. Doch im Moment hat die Strategie mit Nachhal- tigkeit wenig zu tun, sondern ist CO₂- fördernd, ungeplant, unkoordiniert und birgt eine grosse gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefahr. Spielen wir die Technologien nicht gegeneinander aus, sondern nutzen wir ihre jeweiligen Vor- züge – und zwar alle, von A wie Atom- kraft bis W wie Wasserkraft. So werden wir weiterhin eine zuverlässige, siche- re und umweltverträgliche Stromver- sorgung haben. Auch hier gilt letztend- lich: Der gute alte schweizerische Kom- promiss wird es richten.

haupt dazu, in der wohl wichtigsten Volksabstimmung der letzten Jahr- zehnte derart vorzupreschen, obwohl kein definitiver Vertrag vorliegt? Man hat das Gefühl, hier wurde unter dem freisinnigen welschen APK-Präsi- denten Laurent Wehrli eine neue Hürde geschaffen, damit das Volk in der Sache nicht mehr durchdringen kann. Eine eigentliche Unterwerfung ist im Gang.



Die Schweiz soll sich per Vertrag der EU unterordnen. Trotzdem wollen die anderen Parteien nun sogar noch die obligatorische Volksabstimmung darüber verhindern!
Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

«Fifty Shades of Grey» – oder weshalb Politik nicht immer schwarz-weiss ist

Für einmal in den Ratsferien keine Perlen aus Absurdistan. Vielmehr nehme ich Sie mit in die Grauzonen der politischen Entscheidungsfindung.



Romaine Rogenmoser
Kantonrätin SVP
Büllach

Nun mag man vermuten, dass man mit dem Parteiprogramm einen doch recht guten Kompass für seine Entscheidungen hat. So hat sich jeder Politiker eine Heimat gesucht, die seine Werte grösstmöglich abdeckt. Natürlich weiss jedes Kind, dass es eine hundertprozentige Übereinstimmung mit dem jeweiligen Parteiprogramm nie gibt. Trotzdem möchte man doch annehmen, dass so ein Parteiprogramm die groben Leitlinien vorgibt, nach denen die jeweiligen Fraktionsmitglieder ihr Handeln ausrichten.



Die Axpo hat beschlossen, ihre Führungsetage noch üppiger zu entlöhnen. Bild: Adobe Stock

Viele Entscheide, die wir als Politiker treffen müssen, befinden sich in einer parteipolitischen Grauzone. Unsere Entscheidungen sind für den Wähler, den Bürger, den Steuerzahler nicht immer nachvollziehbar. Dies mag an den fehlenden Grundlageninformationen, aber ebenso gut an der unvollständigen oder bewusst irreführenden medialen Berichterstattung liegen. So sind die Meinungen häufig rasch gemacht. Meinungen, die auf wenig mehr als Stammtischgesprächen, 20-Minuten-kürzest-Artikeln, unausgewogenen SRF-Beiträgen und Tiktok-Videos basieren. Es ist den Bürgern auch nicht zu verübeln, dass sie sich heutzutage praktisch keine eigene Meinung mehr bilden können, denn was wir von den Medien gefiltert vorgesetzt kriegen, hat mit ausgewogener Berichterstattung nichts mehr zu tun.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass sich mancher Wähler verwundert die Augen reibt, wenn «seine» Partei sich nicht so verhält, wie es das Parteibuch vermuten liesse.

Dilemma der politischen Entscheidungsfindung

Anhand eines gerade aktuellen Beispiels zeige ich deshalb kurz das Dilemma der politischen Entscheidungsfindung.

Die Axpo hat nach einem überaus erfolgreichen Jahr beschlossen, ihre Führungsetage noch üppiger zu entlöhnen. Und mit üppig meine ich eher schon unverschämt, denn die Erhöhung betrug 80 Prozent – in absoluten Zahlen von einer auf 1,8 Millionen Franken. Da reibt sich so manch ein Buezer, der eine Lohnerhöhung von drei Prozent erhalten hat, verwundert die Augen. Die Lohnerhöhung erfolgte übrigens nur ein Jahr, nachdem der Bundesrat

einen milliardenschweren Schutzschirm für die Axpo aufgespannt hat.

Nun fordert ein Vorstoss, dass das Salär der Geschäftsleitung bei einer Million gedeckelt werden soll. Der Vorstoss ist breit abgestützt – auch SVP-Vertreter haben mitunterzeichnet. Nun gibt es aber auch SVP-Vertreter, die – ganz im Sinne des Parteibuches – argumentieren, dass der Staat sich so wenig wie möglich in die Wirtschaft einzumischen hat; dass die freie Marktwirtschaft die oberste Prämisse ist und «der Markt» sich selber reguliert. Zudem gilt es zu bedenken, dass für die Führung solch grosser und für die Schweiz wichtiger Firmen die absolut Besten am Start sein sollten, und die arbeiten nun mal nicht für ein Butterbrot; zumal diese Cracks bei vielen anderen Firmen arbeiten könnten, die bessere Löhne bezahlen.

Mehr als Schwarz oder Weiss

Wir haben also quasi zwei Lager: Diejenigen, die finden, es ist genug mit Lohnexzessen bei praktisch staatlichen Institutionen; die denken, keine Arbeit ist so viel Geld wert und es findet sich sicher jemand, der diesen Job auch für eine Million machen würde. Freiwillige vor. So hohe Löhne sind eine Frechheit gegenüber den normalen Arbeitnehmenden.

Und dann gibt es das Lager der «Freiheitlichen», denen jeder staatliche Eingriff ein Gräuel ist. Sie haben ein Urvertrauen in den Markt und seine Selbstregulierungskräfte und wollen auf keinen Fall die Energie und Initiative von Führungsleuten bremsen.

Sie haben sicher gemerkt: Es gibt selten nur Schwarz oder nur Weiss in der Politik. Die Debatte zu diesem Thema wird auf jeden Fall heiss geführt. Wie würden Sie entscheiden?

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Verfehlte Wohnungspolitik von Linksgrün



Markus Bopp
Kantonrat SVP
Otelfingen

Der Kanton Zürich ist mit einer einmaligen Flut von Initiativen zu wohnbaupolitischen Massnahmen konfrontiert. Über insgesamt fünf Volksbegehren wird die kantonale Stimmbevölkerung in der kommenden Zeit befinden müssen. Drei Initiativen stammen aus der politisch linksgrünen Abteilung und fokussieren auf die steigenden Wohnkosten.

Die erste Massnahme fordert ein Vorkaufsrecht für Gemeinden, falls ein Baulandgrundstück veräussert würde. Die Gemeinde könnte dann, nach Abschluss des Kaufvertrages, das Vorkaufsrecht ausüben und der geplante private Käufer käme nicht zum Zuge. Aus Sicht der SVP/EDU-Fraktion ist ein Vorkaufsrecht ein massiver Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit und klar abzulehnen.

Das zweite linksgrüne Begehren trägt den Namen «Wohnschutz-Initiative». Die Initianten verlangen, dass Mietzinserhöhungen an staatliche Vorgaben gekoppelt sind. Je nach Art und Weise der Renovation muss die Mietzinserhöhung durch die Behörden festgelegt werden, was eine starke Bürokratisierung mit sich bringen würde. Der Kanton Genf verfügt über ein

ähnliches Modell und kann hierbei als negatives Beispiel beigezogen werden. Im besagten Kanton ist der Zustand der Wohnungen massiv schlechter als in Zürich, weil der Anreiz für Sanierungen nicht vorhanden ist. Beispielsweise sind die CO₂-Emissionen in Genfer Liegenschaften deutlich höher als im Kanton Zürich – auch dies eine klare Folge der fehlenden wirtschaftlichen Anreize für Wärmedämmungen. Der Grundsatz «weniger Staat – mehr Freiheit» hilft hier als Orientierung. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion das linke Anliegen ab.

Auch das dritte linke Volksbegehren mit dem Titel «Wohnungsinitiative» wird von der SVP-Fraktion bekämpft. Hierbei fordern die Initianten eine neu zu gründende kantonale Anstalt, welche mit 500 Millionen Franken ausgestattet wäre und den gemeinnützigen Wohnungsbau wie auch das selbstbewohnte Wohneigentum fördern müsste. Die Forderung nach mehr staatlichen Eingriffen in den Wohnungsmarkt ist aus Sicht der SVP der falsche Weg. Das Hauptproblem für die gestiegenen Preise liegt im Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Es leben immer mehr Menschen im Kanton Zürich. Parallel dazu steigt die Kaufkraft sowie die Anforderungen dieser Menschen an die Wohnungen. Das alles führt zu einer ungesunden und übermässigen Nachfrage. Der Hauptfokus muss somit nicht auf der Bewältigung der hohen Nachfrage, sondern auf deren Eindämmung liegen.



Die drei Initiativen aus dem linksgrünen Lager fokussieren auf die falschen Schwerpunkte. Bild: Adobe Stock

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Zahlreiche energiepolitische Entscheidungen zugunsten der SVP-Politik schweizweit

Der vergangene Abstimmungssonntag hat neben dem deutlichen NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative noch weitere spannende Entscheidungen auf kantonaler oder kommunaler Ebene hervorgebracht. Hier eine kleine, nicht abschliessende Auswahl:

Solothurn: Nein zum neuen Energiegesetz dank der kantonalen SVP

58 Prozent, aber auch 97 der insgesamt 106 Solothurner Gemeinden, lehnten das neue Energiegesetz ab. Eine klare Niederlage für die Solothurner Regierung, das kantonale Parlament und alle Parteien ausser der SVP.

Klare Siegerin dieser kantonalen Abstimmung ist die SVP Solothurn, ergriff sie im Alleingang das Referendum gegen das Energiegesetz. Argumentiert hat sie vor allem mit drohenden hohen Kosten; das Stimmvolk sei mündig genug, um selber zu entscheiden, wann und wie Häuser saniert und Ölheizungen ersetzt werden sollen.

Bern: Klares Nein zur Solarinitiative

Über 71 Prozent der Berner Stimmbevölkerung sagten am Sonntag Nein zur Solarinitiative der Grünen. Der Gegenvorschlag hingegen wurde mit rund 67 Prozent angenommen.

Das Begehren verlangte, dass bis 2040 sämtliche geeignete Dächer und Fassaden mit einer Solaranlage ausgerüstet werden. Das ging auch dem Kan-

tonsparlament zu weit, das einen Gegenvorschlag vorlegte, der die Pflicht auf Dächern von Neubauten vorsieht und bei Sanierungen auf Freiwilligkeit zielt. Dieser Gegenvorschlag wurde auch von bürgerlicher Seite unterstützt.

Au SG: Vier Stimmen bringen Unterschied für Mindestabstandsinitiative

1044 Ja-Stimmen gegen 1040 Nein-Stimmen bedeuten seit Sonntag nun Ja zum Mindestabstand von 500 Metern zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten. Das 220 Meter hohe Windrad des Technologiekonzerns SFS kann somit nicht gebaut werden und der Mindestabstand wird nun im Baureglement von Au festgeschrieben.

Nur die örtliche SVP hat sich für den Mindestabstand ausgesprochen und sah sich mit einem Gegenkomitee aus Gemeinderat, Wirtschaftsvertretern, Verbänden und zuletzt auch noch der Regionalzeitung «Rheintaler» konfrontiert.

Aber leider sagt Chur überdeutlich Ja zum zweiten Windrad im Rheintal

Am Sonntag wurde entschieden, dass nun einem zweiten Windrad nichts mehr im Wege steht. Was aber aufhorchen lassen muss, sind die Aussagen der Initianten, dass auch die Möglichkeit besteht, noch fünf bis sechs weitere Anlagen im Rheintal in Betrieb nehmen zu wollen. Schauen wir

einmal, ob die Churer beziehungsweise Bündner das Rheintal weiter verhandeln wollen.

Ebenfalls leider ein Nein in Wetzikon zur SVP-Initiative

Mit rund 57 Prozent haben die Wetziker Stimmberechtigten die SVP-Volksinitiative «Mindestabstand von Windrädern» abgelehnt. Auch hier stand die Ortssektion völlig alleine im Abstimmungskampf. Alle Ortsparteien, von der SP über Grüne und GLP – was zu erwarten war – aber auch Die Mitte und FDP, lehnten diese Vorlage ab.

Nehmen wir die drei positiven Entscheide auf kommunaler und kantonomer Ebene zum Anlass, weiter für eine sinnvolle Energiepolitik einzustehen. Unsinniges und rein Grün-Ideologisches gilt es, mit vollem Engagement zu bekämpfen.

Aber gerade auch die masslose und ungeregelte Zuwanderung ist weiterhin ein Treiber des Energie- und Asylflaskos. Deshalb: unbedingt weiter Unterschriften für die Grenzschutz-Initiative sammeln und die Unterschriften umgehend einreichen. Herzlichen Dank!



von
Marco Calzimiglia

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



DIE EINST MÄCHTIGSTE FRAU ZÜRICH

Das bewegte Leben von Fürststäbtissin Katharina von Zimmern

Im Rahmen der von den Andelfinger «Frauen unterwegs» organisierten Vortragsabende stand jüngst die letzte Fürststäbtissin des Zürcher Fraumünsters Katharina von Zimmern in einem Referat von Barbara Hutzl-Ronge im Zentrum.

RoMü. Am ersten Vortragsabend der Andelfinger «Frauen unterwegs» am vergangenen Montagabend im Kirchgemeindehaus Andelfingen wurde das Leben der letzten Fürststäbtissin vom Zürcher Fraumünster thematisiert. Im Zentrum des Abends stand das Referat von Barbara Hutzl-Ronge, die sich als Autorin und Stadtführerin in Zürich einen Namen geschaffen hat. Im vergangenen Jahr erlebte ihr Werk «Zürich – Spaziergänge durch 500 Jahre überraschende Stadtgeschichten» bereits die vierte Auflage. Somit ist die 62-jährige gebürtige Österreicherin, welche nun bald seit 40 Jahren in der Limmatstadt lebt, mit der bewegten Zeit während der Reformation sehr vertraut. «Katharina von Zimmern war die wichtigste und fantastischste Frau von Zürich», hielt die Buchautorin und Stadtführerin fest. Das Interesse an dieser Frau geht auf 2017 zurück, als ihr dieser Name zugetragen wurde. «Viele kennen diese Frau gar nicht, deshalb bin ich in dieses Thema reingekniet», hielt sie einleitend fest. Sie nahm dabei die Vortragsteilnehmerinnen mit einem sehr lebhaften und verständlich vorgetragenen Vortrag auf eine spannende Reise durch das Leben dieser Frau aus dem süddeutschen Hochadel mit. Eindrucksvoll und mit viel Fachwissen zeigte sie das durchaus bewegte Leben einer starken Frau auf, was ihr bereits in vielen Bereichen von ihrer Mutter, vor allem während der Kindheit und der jungen Jahre, mitgegeben und vorgelebt wurde. Katharina von Zimmern war mit Blick auf die Reformation in Zürich eine sehr bedeutungsvolle Frau. Zuerst musste ihr Vater und später ihre Mutter zusammen mit ihr und ihren Geschwistern, welche auf Schloss Messkirch rund 55 km nordöstlich von Andelfingen residierten, fliehen; sie fanden in Weesen am Walensee Asyl.

Seit 1591 in Zürich zu Hause

Seine beiden Töchter, Anna und die damals jüngere, 13-jährige Katharina, traten 1491 nicht ganz freiwillig in das vom Adel geprägte Kloster Fraumünster in Zürich ein. Damit begann für die junge Katharina von Zimmern in jenem Kloster, in das nur Frauen aus dem Hochadel eintreten konnten, der grosse gesellschaftliche Aufstieg. Wohl verzichtete sie 1494 mit der Annahme des Schleiers weitgehend auf das Familienerbe, was aber ihrer Zukunft keinen Schaden zuführte. Mit bereits 18 Jahren wurde sie zur Äbtissin gewählt, womit sie zur mächtigsten Frau in Zürich wurde. Damit stand sie einer Abtei vor, welche über einen enormen Besitz verfügte. 1519 kam der sechs Jahre jüngere Huldrych Zwingli als Leutpriester ans Grossmünster nach Zürich, was ihr weiteres Wirken stark beeinflusste. Sie kannte ihn bereits aus einer Jugendfreundschaft, welche sich während ihrer zwei Jahre in Weesen angebandelt hatte. Obwohl er ihr immer wieder mit viel Kritik begegnete, prägte sich sein Wirken bei ihrem eigenen Handeln immer ein. Ihre wohl gewichtigste Amtshandlung vollzog sie während der Reformation 1524. Mit der Übergabe des Klosters Fraumünster und somit mit den gesamten Besitztümern an die Stadt Zürich sorgte sie für eine weitere friedliche Fortsetzung der von Huldrych Zwingli angestossenen Reformation. Damit endete auch die Geschichte des Fraumünsters als Kloster. Zugleich wurden alle weiteren Klöster in der Stadt aufgehoben.

Sie blieb noch ein Jahr in Zürich, siedelte danach nach Schaffhausen um, wo sie den Söldnerführer Eberhard von Reischach heiratete. Er war aber wegen einem Todesurteil aus Zürich verbannt. Später zogen sie nach Diessenhofen TG um, wobei sie mit 47 Jahren noch zwei



Eindrucksvoll und mit vielen lebhaften, spannend geschilderten und verständlich vorgetragenen Einzelheiten zeigte die Buchautorin und Stadtführerin Barbara Hutzl-Ronge das eindrucksvolle Leben der letzten Zürcher Fürststäbtissin Katharina von Zimmern auf.

Bild: RoMü

Mal Mutter wurde. 1529 wurde ihr Gatte in Zürich rehabilitiert, sodass eine Rückkehr nach Zürich möglich wurde. An der Seite von Zwingli fiel Eberhard von Reischach in der Schlacht bei Kappel. Die letzte Fürststäbtissin wohnte bis zu ihrem Ableben mit 70 Jahren am Neumarkt in Zürich.

Abschliessend bedauerte die Referentin den Umstand, dass weder ein Platz noch eine Strasse an die einst mächtigste Stadtzürcherin erinnern. Erst Anfang dieses Jahrhunderts wurde auf private Initiative mit einem Verein ihrer gedacht. So erinnert eine mehrteilige Denkmalstätte im Kreuzgang des Fraumünsters, wo unter anderem 11 000 Kilogramm Kupfer aufgeschichtet sind, an die letzte Fürststäbtissin. Dabei ist ihre Aussage bei der Übergabe der Abtei an die Stadt festgehalten: «Die Stadt vor Unruhe und Ungemach bewahren und tun, was Zürich lieb und dienlich ist.»

Seit zehn Jahren sind die Frauen unterwegs

Hinter dem von der reformierten Kirchgemeinde Andelfingen getragenen Projekt «Frauen unterwegs» steckt ein Frauenteam, welches pro Jahr jeweils in der Regel vier sich ausschliesslich an Frauen richtende Veranstaltungen organisiert. Diese Institution wurde vor zehn Jahren durch die Pfarrerin Dorothea Fulda Bordt ins Leben gerufen. «Ein Team von sieben bis acht Frauen plant, bereitet und führt die spezifisch auf verschiedenste Frauenthemen ausgerichteten Anlässe durch», erklärte Dorothea Fulda Bordt, die diese Gruppe leitet. «Wir möchten dabei über ein Thema oder unseren Glauben nachdenken, etwas Sinnliches erleben, etwas Kreatives gestalten, zusammen lachen, das gesellige Zusammensein und den persönlichen Austausch geniessen», heisst es im entsprechenden Flyer. Zugleich tragen diese Frauenanlässe, welche mehrmals im Jahr stattfinden,

auch dazu bei, etwas miteinander zu erleben. «Je nach Thema und Interesse nehmen jeweils 15 bis 25 Frauen daran teil», erklärte Alexandra Kess vom Frauenteam. Die Vielfalt der Themen widerspiegelt sich auch im diesjährigen Programm. Nach dem ersten Vortrag ist durch die «Frauen unterwegs» Maya Onken am 8. April zu einem Abend zur Resilienz eingeladen worden. Im September geht es um Frauenfreundschaften, wo Janine Oesch auftreten wird. Der Jahreskreis wird im November mit dem traditionellen Kranzen abgeschlossen. Im laufenden Jahr wird man für einen fünften Anlass einmal das Kirchgemeindehaus verlassen, um am 12. Juni bei einem Ausflug unter der Führung von Andrea Thali die Flughafenkirche in Kloten kennenzulernen.

SVP USTER

Regierungspräsidentin Natalie Rickli zu Gast

Anlässlich des Sponsoren- und Gönneranlasses der SVP Uster gab Regierungspräsidentin Natalie Rickli Einblick in die Regierungstätigkeit und sprach über die aktuellen Herausforderungen in der Gesundheitspolitik.

Parteiarbeit, Wahlkampf wie auch Abstimmungen sind neben grossem ehrenamtlichem Engagement stets mit finanziellen Herausforderungen verbunden. Die SVP Uster hat deshalb vor einigen Jahren den Sponsoren- und Gönneranlass ins Leben gerufen. Dieser dient dazu, den Gönnern einen tollen Abend im Gegenzug zur geschätzten Unterstützung zu bieten. Eine besondere Wertschätzung für die Teilnehmenden war der Besuch von Natalie Rickli, welche den Kanton Zürich im Amtsjahr 2024/25 als Regierungspräsidentin repräsentiert. Sie gab aus erster Hand Einblick in die Regierungsarbeit und die Schwerpunkte der Kantons-exekutive. Dazu gehört auch eine gute Gesundheitsversorgung, wofür sich Rickli als Vorsteherin der Gesundheitsdirektion seit Mai 2019 engagiert.

Mehr Eigenverantwortung, weniger staatliche Intervention

In Gesprächen mit der Bevölkerung durfte sie feststellen, dass die Zürcherinnen und Zürcher zufrieden seien mit der Gesundheitsversorgung, die Krankenkassenprämien aber zunehmend eine Belastung darstellten. Auch die Gesundheitsversorger, Spitäler, Arztpraxen usw. seien mit Herausforderungen konfrontiert: z.B. führe das Bevölkerungswachstum und die immer älter werdende Bevölkerung zu einer steigenden Nachfrage und einer Akzentuierung des

Fachkräftemangels. Die steigenden Betriebskosten aufgrund von Teuerung und Personalmassnahmen bei teilweise nicht kostendeckenden Tarifen würden die Akteure ebenso belasten. Der Regierungsrat sehe sich deshalb zunehmend mit gewichtigeren Forderungen konfrontiert; seitens der Verbände, der Leistungserbringer, aber auch aus dem Kantonsrat. «Wird keine schnelle Lösung für ein Problem gefunden, rennen alle gleich zum Staat und fordern finanzielle Unterstützung, weil ja alle wichtig und systemrelevant sind.» Rickli ermahnte jedoch: «Je mehr der Staat eingreift, desto stärker wird die Verantwortung von den einzelnen Akteuren auf die öffentliche Hand abgewälzt. Das führt dazu, dass Eigeninitiative und Weiterentwicklung gehemmt werden.» Jeder einzelne Akteur im Gesundheitswesen müsse seinen Beitrag leisten, so ihr Appell. Mehr Eigenverantwortung, weniger staatliche Intervention.

Es folgte ein gemütlicher Ausklang des Abends bei gemeinsamem Spaghettessen und angeregten Gesprächen. Ein besonderer Dank gilt allen Teilnehmenden und Sponsoren, die mit ihrem Engagement die bürgerliche Politik in Uster ermöglichen – und damit einen wichtigen Beitrag für Uster und den ganzen Kanton leisten.

Patrick Borer, Vorstand SVP Uster



Regierungspräsidentin Natalie Rickli spricht am Sponsorenanlass der SVP Uster.

Bild: SVP Uster

MILIZPOLITIK: WIE GELINGT DER EINSTIEG?

Die SVP Stäfa lädt zum gemütlichen Austausch bei Bier und Burger mit hochkarätigen Politikern aus der Region.

CHF 35.- pro Person (inkl. Apéro, Hamburger mit Beilagen und Mineral).
Anmeldungen bis 15. März an vorstand@svp-staefa.ch

FREITAG, 21. MÄRZ 2025
18:30 UHR, SUNSHINE HILL STÄFA

Präsident SVP Stäfa
Lukas Bubb

Nationalrätin
Nina Fehr Düsel

Alt-Bundesrat
Ueli Maurer

Kantonsrätin
Marion Matter

Gemeinderat Küsnacht
Adrian von Burg

Ab 18:30 UHR – APÉRO
Ab 19:30 UHR – ESSEN + REFERATE

Sunshine Hill, Bergstrasse 202, 8712 Stäfa

MEDIENMITTEILUNG DER SVP USTER

Uster sagt Nein zum überteuerten Landkauf – Eine weitere Niederlage für den Stadtrat!

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Uster haben gesprochen: Das überteuerte Kaufvorhaben der Liegenschaft an der Wagerenstrasse 47 wurde deutlich abgelehnt! Die SVP Uster begrüsst dieses klare Zeichen gegen die verantwortungslose Finanzpolitik des linksgrünen Stadtrates und dankt allen, die sich gegen diese unnötige Steuergeldverschwendung eingesetzt haben.

Nach der krachenden Niederlage beim Projekt «Untere Farb» fährt der Stadtrat erneut eine Abstimmungsschelte ein. Es ist offensichtlich: Die Stadtregierung und die linke Ratsmehrheit politisieren am Volk vorbei. Die vergangene Abstimmung zeigt einmal mehr: Die Bevölkerung lässt sich keine teuren Prestigeprojekte aufzwingen, die weder wirtschaftlich sinnvoll noch dringend nötig sind.

Ein Erfolg für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

Das Nein zum Landkauf bewahrt die Stadt vor einer Fehlinvestition in Höhe von 8,75 Millionen Franken, die weit über dem stadteigenen Schätzwert ist. Hinzu kommen jährlich 545 000 Franken an Folgekosten – ein finanzielles Fass ohne Boden.

«Die Ustermerinnen und Ustermer haben heute klargemacht, dass sie eine vorausschauende Finanzpolitik wollen – und keine Spekulationen auf Kosten der Steuerzahler. Es ist höchste Zeit, dass der Stadtrat diesen Kurswechsel

versteht», erklärt Gemeinderat Daniel Schnyder, Präsident der SVP Uster.

Stadtrat muss endlich die Realität anerkennen

Die SVP Uster hat sich von Beginn an gegen diesen Kauf gestellt, weil er ohne konkretes Nutzungskonzept und ohne tragfähige Finanzstrategie umgesetzt worden wäre. Zum zweiten Mal innert kurzer Zeit zeigt das Stimmvolk, dass es die linksgrüne Ausgabenpolitik nicht mitträgt. «Die Bevölkerung will eine vernünftige, wirtschaftlich tragbare Stadtentwicklung – nicht blindes Wunschenken und ideologische Projekte», so Gemeinderat Andres Ott.

Dank an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die SVP Uster bedankt sich herzlich bei allen, die das Referendum unterstützt und mit ihrem Nein ein Zeichen für eine finanzpolitisch solide und bürger-nahe Politik gesetzt haben. «Der Stadtrat wäre gut beraten, künftig näher an der Bevölkerung zu politisieren. Die

Menschen in Uster erwarten wirtschaftliche Vernunft statt teurer Experimente.», fasst Gemeinderat Markus Ehrensperger, Fraktionspräsident der SVP, das Abstimmungsergebnis zusammen.

SVP Uster



Die Bevölkerung Usters lässt sich keine teuren Prestigeprojekte aufzwingen, die weder wirtschaftlich sinnvoll noch dringend nötig sind. Bild: Adobe Stock

Die VERFASSUNG DER IDEOLOGIE GEOPFERT

Die Baudirektion missachtet die Gemeindeautonomie weiterhin

Die Bauordnungen der Gemeinden unterliegen der Genehmigungspflicht durch die kantonale Baudirektion. Dies gilt im Besonderen für die Abstandsvorschriften. Unbesehen des konkreten Falles ist die Ideologie Trumpf.



Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Als erste Gemeinde ist Hittnau das Opfer. Die Baudirektion genehmigte die Abstandsvorschriften für Windenergieanlagen, welche in der Gemeinde Hittnau demokratisch erlassen worden sind, nicht. Weitere Nichtgenehmigungen werden folgen. Wer als rechtstaatlich-demokratisch denkender Jurist und Staatsbürger den Nichtgenehmigungsentscheid der Baudirektion objektiv liest, wird stutzig. Wichtige Elemente fehlen nämlich. Die massgebenden Bestimmungen der Bundesverfassung und der Zürcher Kantonsverfassung sowie gewisse Gesetzesbestimmungen werden überhaupt nicht erwähnt; sie würden der Ideologie widersprechen. Deshalb fehlt jede Auseinandersetzung mit ihnen.

Wo bleibt die Gemeindeautonomie?

In der Bundes- und der Zürcher Kantonsverfassung ist die Gemeindeautonomie fest verankert. Sie gilt – so das

Bundesgericht – im Kanton Zürich in besonderem Masse. Nicht nur die Bestimmungen über die Gemeindeautonomie werden mit keinem Wort erwähnt, sondern auch Artikel 1 Absatz 4 der Kantonsverfassung, wo es wörtlich heisst: «Der Kanton anerkennt die Selbstständigkeit der Gemeinden.» Der Ideologie des Herrn Baudirektors Martin Neukom steht dies entgegen, also erwähnt man es nicht. Man behauptet einfach frisch-fröhlich, die Gemeinden hätten kein Recht, im ganzen Gemeindegebiet zu legiferieren. Derweil heisst es in der Bauordnung der Gemeinde Hittnau in Artikel 1: «Das Gemeindegebiet wird, soweit es sich nicht um Wald handelt,...» Die Gemeindeordnung Hittnau bestimmt, wie übrigens viele Bauordnungen im Kanton Zürich, somit über das ganze Gemeindegebiet, soweit es sich nicht um Wald handelt. Dieselbe Baudirektion genehmigte nämlich vor Jahren vorbehaltlos den erwähnten Artikel. Dieser ermächtigt die Gemeinde, ausser über den Wald über das ganze Gemeindegebiet zu legiferieren.

Heute verkündet sie das Gegenteil. Sie handelt aus rein ideologischen Gründen dem Prinzip von Treu und Glauben zuwider. Dieses ist auch in der

Bundesverfassung garantiert, was der Baudirektion offensichtlich egal ist. Man darf sich fragen: Ist die Verfassung für die Baudirektion lediglich ein Papierfetzen?

Sodann ist auffällig, dass die Baudirektion auf einige weitere gewichtige Argumente der Gemeinde Hittnau gar nicht eingeht. So werde nach dieser u.a. der Aussichtsschutz und eine einwandfreie Umgebungsgestaltung in der Gemeindebauordnung für das ganze Gemeindegebiet geregelt; auch diese Bestimmungen wurden von derselben Baudirektion genehmigt. Hat die Baudirektion nie etwas vom ebenfalls prominent in der Bundesverfassung verankerten Anspruch auf rechtliches Gehör gehört? Weiss die eine Hand vor lauter grünroter Ideologie nicht mehr, was die andere Hand getan hat?

Rechtskräftiger Richtplan fehlt

In der Verfügung der Baudirektion wird richtigerweise ausgeführt, es bedürfe für Windenergieanlagen eines Eintrages im Richtplan. Dabei wird jedoch verschwiegen, dass es bis heute an einem rechtskräftigen Richtplan fehlt. In diesem Zusammenhang führt die Baudirektion zutreffend aus, für die Festlegung im Richtplan seien alle relevanten Schutzinteressen in eine Interessenabwägung einzubeziehen. Dazu bedürfe es einer Einzelfallbetrachtung. Eine solche sucht man aber in der die Gemeinde Hittnau betreffenden Verfügung vergeblich. Eine Einzelfallbetrachtung wäre ohne Weiteres möglich gewesen, da in der Gemeinde Hittnau nur zwei Standorte für Windräder ernstlich infrage kommen.

Salopp kommt die Baudirektion zum Schluss, die demokratisch erlassene Ergänzung der Bauordnung der Gemeinde Hittnau sei unzweckmässig und deshalb nicht zu genehmigen. Es ist anzunehmen, dass die Baudirektion in anderen Gemeinden analog vorgehen wird.

Verfassung geht vor

Der Kern der Auseinandersetzung liegt im Verfassungsrecht: Die Bundesverfas-

DOPPELTICKET FÜR DIE BUNDESRATSWAHLEN

Wahrheit in der «Mitte»

Bei der Vorstellung des Doppelvorschlags für die Bundesratswahlen bekräftigte Mitte-Parteipräsident Gerhard Pfister: «In der Vergangenheit hat die Mitte-Fraktion die Tickets anderer Parteien immer respektiert. Und wir erwarten von der Bundesversammlung ebenfalls, dass sie unser Ticket respektiert.»



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Ehrlichkeit war noch nie die Kernkompetenz der CVP/Die Mitte-Partei. Wir erinnern uns an die Wahlen zur Nachfolge von Bundesrat Adolf Ogi, als die SVP ein Doppelticket präsentierte. Doch die CVP wählte prompt den von der SVP nicht nominierten Samuel Schmid.

Als ich 2007 bei den Bestätigungswahlen selbst auf dem offiziellen Ticket der SVP stand, betonte die CVP stets, sie wähle keine amtierenden Bundesräte ab, beschloss aber am Tag vor der Wahl, Blocher abzuwählen – um dann der «wilden» Kandidatin Eveline Widmer-Schlumpf ins Amt zu verhelfen.

Auch Ende 2008 missachteten viele CVP/Die Mitte-Vertreter das offizielle

SVP-Doppelticket und sorgten so dafür, dass nur mit einer einzigen Stimme Unterschied der nominierte Ueli Maurer gewählt wurde.

Doch diesmal dürften die Fraktionen das Mitte-Ticket akzeptieren. Die Mitte hat Glück, dass die übrigen Parteien weniger heucheln.

Soeben erklärte Mitte-Fraktionschef Philipp Matthias Bregy: «Man kann nicht 80 Prozent Bundesrat sein. 100 Prozent reichen auch nicht, das ist ein 200-Prozent-Job.» Ohne Sonntagsarbeit ginge das nicht. Dabei hatte die CVP darauf geachtet, wenigstens den Sonntag heilig zu halten. Doch fertig damit. Man begreift jetzt, warum in der CVP/Die Mitte-Partei das «C» verloren gegangen ist. Denn jetzt brauchen Bundesräte den Sonntag nicht mehr heilig zu halten.

Doch die 200-Prozent sind auch wieder eine CVP/Die Mitte-Wahrheit. Als ehemaliger Bundesrat kann ich Ihnen sagen: Ein Bundesrats-Job ist ein maximal 100-Prozent-Job!



Die Mitte hat Glück, dass die übrigen Parteien im Parlament weniger heucheln. Bild: Pixabay

sung geht vor. Alle Gesetze haben sich an die Bundesverfassung zu halten. Dies erkennt Herr Baudirektor Neukom. Er tut dies öffentlich kund in einem aktuellen Statement im Tages-Anzeiger. Ihm ist ganz offensichtlich die linksgrüne Ideologie wichtiger als die Ver-

fassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Anzumerken ist: Viele Bürgerinnen und Bürger – vor allem auch Rechtsgelehrte – verstehen unter rechtstaatlicher Demokratie und Verfassungstreue etwas anderes.



Die Bundesverfassung steht auf der obersten Stufe des schweizerischen Rechtssystems. Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern / Rob Lewis

Neue Normalität?

01.02.2025, Rothrist (AG)
Messerstecherei vor der Asylunterkunft -
Afghanischer Asyl-Migrant sticht mit Messer auf Landsmann ein
Quelle: Tele M1, 01.02.2025

03.02.2025, Schweiz
Marokkaner festgenommen - der Intensivtäter, der in Deutschland 180 Straftaten begangen hatte, konnte aufgrund offener Grenzen unbehellig in die Schweiz reisen
Quelle: Blick, 03.02.2025

05.02.2025, Baselland
Die Polizei meldet im Zusammenhang mit letzte Woche begangenen Diebstählen die Festnahme von 4 Algeriern und 2 Marokkanern.
Quelle: Polizei Basel-Landschaft, 05.02.2025

07.02.2025, Olten (SO)
Nach Einbruch in Mehrfamilienhaus -
Algerier (16) und Marokkaner (14) festgenommen
Quelle: Oltnr Tagblatt, 07.02.2025

Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben!

www.grenzschutzinitiative.ch

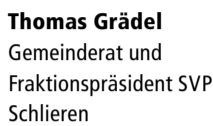


Argumente
SVP
Da Fakten das Maßnehmen

AUS DEM SCHLIEREMER GEMEINDERAT



Neuerdings hat sogar ein Schweizer Grossverteiler die grosse Masse an muslimischer Kundschaft entdeckt und bietet allerlei Produkte an, um den Fastenmonat «Ramadan» zu begehen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch der orange Riese auf diesen Zug aufspringt. Verständlich, denn es handelt sich bei rund 450 000 Musliminnen und Muslimen in der Schweiz, Tendenz steigend, um ein nicht zu verachtendes Kundenpotenzial. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Manchmal frage ich mich ernsthaft, wie lange es dauert, bis sich Herr und Frau Schweizer in ihrer Anpasstheit an «Thanksgiving» Ende November einen Truthahn in den Ofen schieben. Dabei besitzen wir in der Schweiz, in den Kantonen, ja selbst in den einzelnen Gemeinden ein so wunderbares, lebendiges Brauchtum, dass wir all das gar nicht nötig haben. Ich denke neben den kirchlich-christlichen Feiertagen wie beispielsweise dem Erntedankfest an die Silvesterkläuse im Appenzellerland, die Basler und die Luzerner Fasnacht, den Chalandamarz im Engadin, die Winterfeste in der Romandie, die stimmungsvollen Räbäliechtli-Umzüge, das Sechseläuten, das Knabenschiessen oder das Albanifest in unserem Kanton Zürich. Und viele, viele andere Bräuche mehr. Bei all der Zuwanderung der letzten Jahre und damit verbunden einer Verwässerung unserer Kultur sollten wir umso mehr auf unsere aussergewöhnlichen Bräuche und Traditionen stolz sein und diese wieder bewusster begehen. Denn es sind nebst vielen anderen Besonderheiten auch diese Brauchtümer, die unser Land so einzigartig und unvergleichlich machen. Wer braucht da schon den Valentinstag oder gar «Halloween»? Etwas mehr Schweiz, bitte!



die Staatsstrasse mit dem Bau der Limmatalbahn versetzt wurde. Doch anstatt endlich den Entwurf eines Projekts vorzulegen, lag lediglich der Kreditantrag über 420 000 Franken für einen Projektwettbewerb vor. Die SVP forderte keine weiteren Verzögerungen mit einem teuren Wettbewerb und verlangte von Stadtrat und Verwaltung konkrete Vorschläge zur «Grünen Mitte». Dies sollte dem Stadtrat sowie der Abteilung Bau und Planung leicht fallen, da die Verwaltung bereits umfangrei-

In der Parlamentssitzung entbrannten heftige Diskussionen, ob ein Projektwettbewerb der richtige Weg ist. Nach langer Debatte und mit einer unüblichen, geheimen Abstimmung erreichte der Kreditantrag und Projektwettbewerb keine Mehrheit. Das Ergebnis lautete, bei einer Enthaltung, 16 Ja- und

Überflüssige Aufblähung des Verwaltungsapparates

Ein anderer wesentlicher Teil war der Verzicht auf eine Aufblähung des Verwaltungsapparates in der Stadt und in der Schulverwaltung in Schlieren. Der Stadtrat wollte eine neue 100%-Stell im Bereich Nachhaltigkeit schaffen, damit die Netto-Null-Ziele des Bundes in Schlieren früher erreicht werden können. Der vom Stadtrat geplante Austritt aus der Gasversorgung auf 2030 in zwei Quartieren von Schlieren lässt grüssen. Doch die geplanten Einsparungen und Massnahmen der bürgerlichen Parteien torpedierte nun der Stadtrat. Er will diese «Nachhaltigkeitsstelle» und weitere Stellen in der Schulverwaltung trotz der Streichung und fehlender finanzieller Mittel besetzen. Dieses Vorgehen der Verwaltung und des mehrheitlich linken Stadtrates (2 SP, 1 GLP und 1 Parteilose) werden sich die Parteien SVP, FDP und Die Mitte nicht gefallen lassen. Das letzte Wort ist somit noch nicht gesprochen. Eine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat wird das unredliche Vorgehen regeln.



Die SVP verzeichnete in Schlieren an den letzten zwei Parlamentssitzungen einige Erfolge.

Braucht es überhaupt noch Kantone?

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK) hat dieser Tage mit 15 zu 10 Stimmen (neun davon von der SVP) beschlossen, das Rahmenabkommen nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Damit wird auch auf das Erfordernis des Ständemehrs verzichtet und die APK befindet sich in der Gesellschaft der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), einem nicht in der Bundesverfassung verankerten Gremium ohne Entscheidungsbefugnis.



Dass die KdK das Rahmenabkommen begrüsst, vermag nicht weiter zu erstaunen. Ihr Präsident, der Aargauer Finanzdirektor Markus Dieth, und ihr Generalsekretär Roland Mayer sind als glühende EU-Turbos bekannt. Deshalb ist die KdK bisher auch immer der Frage ausgewichen, ob ein Rahmenabkommen dem obligatorischen Referendum und damit dem Ständemehr unterstellt werden soll. Offensichtlich will man sich ins Rahmenabkommen hineinschlaumeiern.

Ein Skandal sondergleichen

Zur DNA der Schweiz gehören Föderalismus, halbdirekte Demokratie, Steuerkonkurrenz und Subsidiarität. In diese DNA würde das Rahmenabkommen massiv eingreifen. Der Historiker Oliver Zimmer, der von 2005 bis 2021 an der Universität Oxford Geschichte lehrte, bezeichnet es denn auch als Skandal, dass die KdK kein Ständemehr bei der Abstimmung über ein EU-Abkommen einfordere. In der Tat würde auch die Souveränität der Kantone mit einem Rahmenabkommen in der vorliegenden Form massiv eingeschränkt. Wenn man sich vor Augen hält, dass etwa bei der Abstimmung über die Hornkuh-Initiative das Ständemehr erforderlich war, würde eine Abstimmung über das Rahmenabkommen ohne Erfordernis des Ständemehrs vollends zur Posse.

Zur Frage eines Ständemehrs hält sich die KdK, wie erwähnt, bedeckt. Wie geht es weiter? Zuerst werden der Bundesrat und dann National- und Ständerat entscheiden. Ob sich die Ständeräte Daniel Jositsch und Tiana Angelina Moser dannzumal als Vertreter eines Standes verstehen, ist offen. Tiana An-

gelina Moser jedenfalls hat bisher immer stramm mit der SP abgestimmt.

Die Schweiz neu gliedern?

Denkt man den von der APK und voraussichtlich auch von der KdK eingeschlagenen Weg weiter und geht ihn zu Ende, bräuchte die Schweiz gar keine

Kantone mehr, weil diese bei einem Rahmenabkommen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen könnten bzw. dürften. Damit würde sich sofort die Frage stellen, ob es die Kantone in ihrer heutigen Ausgestaltung überhaupt noch braucht oder ob man die Schweiz nicht zweckmässigerweise entsprechend den Sprachregionen in vier Verwaltungsbezirke aufteilen könnte. Damit könnte man sich nicht nur die Konferenz der Kantonsregierungen, sondern auch viel Geld sparen.



Bild: Adobe Stock

MONOPOLY IM NAHEN OSTEN

Trumps makaberer Gaza-Plan

Die Idee des US-Präsidenten Donald Trump, die Palästinenser aus dem Gazastreifen zu vertreiben, wäre nicht nur ein Bruch des Völkerrechts. Sie ist auch kaum durchdacht und erinnert eher an ein unternehmerisch motiviertes Kolonialabenteuer.



Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Das Projekt des selbsternannten Deal-makers, den Gazastreifen zu übernehmen, hat etwas von Monopoly. Er stellt sich vor, das Gebiet «aufzuräumen» und dann wirtschaftlich so zu entwickeln, dass aus dem Küstenstreifen die «Riviera des Nahen Ostens» wird. Diese Vision, so wie sie von ihm selbst präsentiert wird, mag in der Theorie attraktiv klingen. In gewissem Masse hat Trump recht, wenn er darauf hinweist, dass das Leben im Gazastreifen unter den derzeitigen Bedingungen kaum möglich ist – das Gebiet gleicht einer weitgehend zerstörten Baustelle.

Glanz und Glamour à la Hollywood oder Saint-Tropez – diese Vorstellung soll der Gazastreifen also versprechen, wie er von Donald Trump imaginiert wird. Aufschlussreich ist Trumps Ausdrucksweise bereits sprachlich, bemerkte der britische Autor W. Somerset Maugham doch: «Die Riviera ist ein sonziger Ort für zwielichtige Gestalten.» In Gaza herrschen jedoch weitaus düsterere Bedingungen.

Neu- statt Wiederaufbau: Eine fragwürdige Hoffnung
Ein Neuaufbau des Gazastreifens könnte in der Tat eine zielführendere Option

sein als ein blosser Wiederaufbau. In utopischer Vorstellung könnte ein solcher Neubeginn zu einer friedlicheren Koexistenz zwischen Palästinensern und Israelis führen. Doch in Trumps Planung ist für die Palästinenser offenbar kein Platz vorgesehen – das Recht auf Rückkehr in das Gebiet spricht er ihnen ab. Stattdessen sollen «die Menschen der Welt», vermutlich wohlhabende Touristen und Investoren, in dem neu entwickelten Gebiet leben.

Welche Art von Nahostpolitik bei einer Wiederwahl Trumps verfolgt würde, liess Jared Kushner, seinerseits der Schwiegersohn Trumps und seit Kindheitstagen eng mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu befreundet, bereits in Trumps erster Amtszeit im Rahmen seines «Jahrhundertplans» 2019 durchblicken. Dabei liebäugelte er damit, dass der Gazastreifen so etwas wie ein «zweites Dubai» werden soll. Seine Aussage vergangenen Jahres, dass in dem Gebiet die «Ufergrundstücke sehr wertvoll» sein könnten, verdeutlichte diese Absichten.

Zwangsumsiedlung: Ein Verstoss gegen das Völkerrecht
Für Trump sind die Palästinenser dabei ein Hindernis, das entfernt werden muss. Da sie sich nicht freiwillig vertreiben lassen werden, müssten sie zwangsweise umgesiedelt werden. Geplant ist vermutlich eine Umsiedlung in benachbarte Staaten wie Ägypten und Jordanien, was jedoch einen gravierenden

Verstoss gegen das Völkerrecht darstellen würde.
Die beiden Länder lehnen die Unterbringung von Palästinensern aus dem Gazastreifen auf ihrem Land logischerweise vehement ab. Das Problem: Als finanzielle Partner der USA sind sie in einer schwachen Verhandlungsposition und können nur schwer gegen diese Vorstellung angehen, falls Trump seine Pläne weiterverfolgt. Mit finanziellem Druck – womit auch sonst – will Trump seine Interessen durchsetzen und droht mit dem Einfrieren von Hilfszahlungen.

Profitmotiviertes Abenteuer
Ob Trump den Plan wirklich bis ins Detail durchdacht hat, darf bezweifelt werden. Um seine Vision des Nahen Ostens umzusetzen, müsste das US- oder israelische Militär als Schutztruppe eingesetzt werden – eine Art militärische Absicherung für eine wirtschaftlich motivierte, koloniale Unternehmung. Trotz der neuartigen Ausgestaltung seines Plans erinnert dieser an frühere US-Versuche, den Nahen Osten zu transformieren.
Die Idee, die Region nach eigenen Vorstellungen zu formen, hatte bereits George W. Bush. Sein Versuch, 2003 im



Die angedachte Umsiedlung der Palästinenser aus dem stark zerstörten Gazastreifen würde einen gravierenden Verstoss gegen das Völkerrecht darstellen.

Bild: Pixabay

Irak mit militärischer Gewalt Demokratie einzuführen, mündete in der Zerstörung des Landes, einem jahrelangen Bürgerkrieg und nährte den Boden für die Entstehung des sogenannten «Islamischen Staates». Diese destabilisierten Verhältnisse wirken bis heute nach und haben die gesamte Region in Mitleidenschaft gezogen.

Destabilisierung als Folge
Die Angst, dass Trumps Pläne eine ähnliche beziehungsweise noch stärkere Destabilisierung des Nahen Ostens mit sich bringen könnten, ist in vielen arabischen Hauptstädten weit verbreitet;

davon abgesehen, dass Israel durch seine militärischen Operationen im Gazastreifen – Schätzungen gehen von bis zu 60 000 Todesopfern aus, darunter etwa 20 000 Kinder – jegliches Vertrauen weit über jenes der arabischen Welt hinaus verloren hat.
Ein Plan, der keinen unabhängigen Palästinenserstaat vorsieht, wird daher von keinem Land in der Region, aber auch den meisten Staaten weltweit – darunter der Schweiz – unterstützt. Die Arabische Liga hat unmissverständlich erklärt, dass der Gazastreifen nicht zum Verkauf steht – auch nicht an den Bauherren aus Washington D.C.

LESERBRIEF

Der Wind für Windräder flaut ab

Unsere Landschaft soll nicht mit industriellen Monsterturbinen verunstaltet werden, denn die Windkraftsynergie spielt in der Schweiz eine kleine Nebenrolle. Die aufwendige Stromproduktion ist gesamthaft in einem tiefen instelligen Bereich.
Die Grünen haben ihren kurzfristigen Höhenflug hinter sich, würde ich meinen. Ihre Vorhaben greifen zu arg in die Natur ein. Zudem sind sie im Verhältnis zu anderen Energiesystemen schlicht ineffizient. Die Windkraft wird nie eine zentrale Rolle in der Energieversorgung des Kantons spielen. Interessanterweise ist die Unterstützung in rotgrün dominierten Städten laut Umfragen enorm gross. Es verwundert nicht, denn dort werden auch keine Windräder gebaut!
Ein grosses Problem besteht bei der Enteignungsmöglichkeit. Grosse Strom-

konzerne, welche für den Bau von Windkraftanlagen teilsubventioniert werden, könnten eine Landenteignung einleiten lassen.
Die riesigen Windräder-Bauwerke brauchen ein tiefes Fundament aus Stahlbeton. Zur Wartung werden Zufahrtswege gebaut und die Einspeisung bei dezentralen Orten ist sehr aufwendig. Die Lebensdauer wird lediglich auf 20 Jahre geschätzt. Ein Riesenaufwand in einem gebirgigen Land mit zu wenig Wind.
Darum setzen wir uns weiterhin für einen basisdemokratischen Weg ein und fordern die Mitbestimmung für Gemeinden und Bürger.

Andi Widmer,
Präsident SVP Laufen-Uhwiesen

LESERBRIEF

Der Tanz um die EU

Unser Land steht vor einer bedeutenden politischen Entscheidung. Soll sich die Schweiz durch einen neuen Vertrag enger an die Europäische Union binden? Wer bestimmt über die Zukunft unseres Landes? Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag würden die politischen Entscheidungen klar eingeschränkt. Die Kommissare sowie Bürokraten in Brüssel würden sich in die inneren Angelegenheiten einmischen und die demokratischen Rechte tangieren. Wir wollen wirtschaftlich mit Europa zusammenarbeiten, ohne uns zu unterwerfen. Das von Prof. Hallstein erschaffene EU-Recht kommt einem Ermächtigungsgesetz gleich. Es wird stets behauptet, wir könnten unser Mitspracherecht trotz Rechtsübernahme beibehalten. Das stimmt so nicht, da wir bei Abweichungen gar sanktioniert würden. Von Versprechungen sollten wir uns nicht täuschen lassen. Die Schweiz tut gut daran, unsere Selbstständigkeit, Frei-

heit, Neutralität, Sicherheit und Unabhängigkeit zu bewahren. Dies hat sich bewährt und ist nicht veraltet, wie uns das gewisse Gruppierungen weismachen wollen. Die marode und wirtschaftlich äusserst geschwächte EU würde uns Zuwanderung, Bürokratie und Armut bringen. Es geht nicht an, dass Brüssel diktiert, die Bürgerinnen und Bürger zu schweigen haben, aber Milliarden von Franken bezahlen müssen, um Güter verkaufen zu können! Der vorliegende EU-Vertrag widerspricht zudem fundamental unserem föderalistischen System mit einer direkten Demokratie. Wir wollen weiterhin selbst bestimmen. Deshalb wirtschaftlich Ja zu Europa, aber Nein zur EU. Mein Wille für Freiheit und Unabhängigkeit ist und bleibt ungebrochen.

Kurt Streil-Marti,
Diessenhofen TG



Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein Ersatzmitglied für das Verwaltungsgericht (SVP)

per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit
 - in einer Verwaltung und/oder
 - an einem Verwaltungsgericht und/oder
 - an einer Vorinstanz des Verwaltungsgerichts und/oder
 - Anwaltstätigkeit mit Schwerpunkt Öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter www.vgrzh.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregistrauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:
<https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen>

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Mittwoch, 19. März 2025, 20.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Löwen, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, mit alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 5. März 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Kantonsrat Paul von Euw. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) unter ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon
Freitag, 7. März 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Schützenhaus, Dänikon, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Samstag, 8. März 2025, 12.00 Uhr, SVP bei de Lüt, Hof Blaser, Ober Erlosenstrasse 8, Hinwil, u.a. mit alt Bundesrat Ueli Maurer, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Meilen/Stäfa
Freitag, 21. März 2025, 18.30 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, u.a. mit alt Bundesrat

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.
Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erste Seite: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.
Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Ueli Maurer, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrätin Marion Matter. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 15. März 2025 unter vorstand@svp-staefa.ch.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 21. März 2025, 18.00 Uhr, Politapéro, Restaurant Damas, Josefstrasse 151, Zürich, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 1. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.


Freitag, 28. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenssee-strasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Samstag, 29. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Weitere Veranstaltungen
Montag, 10. März 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich, u.a. mit Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro. Anmeldung unter www.steuervorlage17.events.zhk.ch.

Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.



Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

nebenamtliche Handelsrichterinnen oder Handelsrichter
per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

In diesem Amt wirken Sie in richterlicher Funktion bei der Behandlung von Rechtsstreitigkeiten mit, welche in die Zuständigkeit des Handelsgerichts fallen. Das Zürcher Handelsgericht wird zur Behandlung der einzelnen Rechtsfälle in der Regel mit zwei Mitgliedern des Obergerichts und mit drei Handelsrichterinnen oder Handelsrichtern besetzt. Den Vorsitz führt eine Oberrichterin oder ein Oberrichter. Als Handelsrichterin oder Handelsrichter bringen Sie Ihre Sachkunde aus Ihrer hauptberuflichen Tätigkeit ein. Die Justizkommission sucht **Handelsrichterinnen oder Handelsrichter** als Fachpersonen mit Spezialkenntnissen und Erfahrung für folgende Bereiche:

- Kammer 1 (Banken und Versicherungen):** Vermögensverwaltung, Private Banking, Finanzinstrumente, öffentliches und privates Bankenrecht, Privat- und Sozialversicherungsrecht, Haftpflicht
- Kammer 2 (Revisions- und Treuhandwesen):** Rechnungslegung, Controlling/Management Accounting, Auditing, Risikomanagement, Corporate Governance
- Kammer 3 (Baugewerbe und Architektur):** Architektur und Planung; GU-/TU-Verträge und/oder Baumeisterarbeiten, Bauschäden, Projektorganisation
- Kammer 6 (Maschinen- und Elektroindustrie):** Maschinenbau, Werkstoffe, Schadenanalyse, Prüfen/Messen
- Kammer 10 (Verschiedene Branchen):** Unternehmensführung/-beratung, Strategie, Businessplanung, Turnaround Management

Handelsrichterinnen und Handelsrichter werden durch den Kantonsrat gewählt. Es können nur Personen gewählt werden, die in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Gemäss Beschluss der Interfraktionellen Konferenz liegt das Rücktrittsalter bei 70 Jahren. Es handelt sich um eine nebenamtliche Tätigkeit. Die Arbeitsbelastung variiert abhängig von den jährlichen Fallzahlen sowie vom Umfang der Fälle. Es werden Sitzungsgelder entrichtet.

Informationen zum Handelsgericht finden Sie im Internet unter <http://www.gerichte-zh.ch/organisation/handelsgericht.html>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

<https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen>

Einladung zum
Polit-Dinner



SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Mit Kantonsrat
Paul von Euw

Windkraft
«Wie ehrlich ist die
Energiestrategie?»



WANN:
Mittwoch,
5. März 2025
19.00 - 21.30 Uhr

WO:
Landgasthof zum Schwert
Hauptstrasse 7
8477 Oberstammheim

PROGRAMM:
19:00 Uhr Apéro
19:30 Uhr Nachtessen
auf Kosten der Teilnehmer
20:30 Uhr Referat
21:00 Uhr Diskussion
21:30 Uhr Ende

Besten Dank für Ihre **Anmeldung bis Sonntag, 2. März 2025**
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:
ycaspar@sunrise.ch oder
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)



Alle sind herzlich
willkommen!

